

Es bleibt dabei: Die Reiterstaffeln der Polizei werden aufgelöst

Mehrheit bestätigt im Plenum die Entscheidung des Innenministers

Die Reiterstaffeln der nordrhein-westfälischen Polizei werden abgeschafft. Das ist seit dem 22. Januar beschlossene Sache. Auch zwei Anträge, die von der Opposition zur Rettung eingebracht wurden, ändern daran nichts mehr. Der FDP-Antrag „Reiterstaffeln zählen weiterhin zum taktischen Einsatzkonzept der Polizei“ (Drs. 13/3427) wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Die CDU brachte ihren Antrag „Kein Verzicht auf Reiterstaffeln in Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 13/3447) nicht einmal in die von ihr gewünschte und vom Ältestenrat vorgeschlagene Beratung in den Innenausschuss: Die SPD beantragte auch hier direkte Abstimmung mit dem Hinweis, die Argumente seien im Ausschuss bereits genügend ausgetauscht worden.

Horst Engel (FDP) räumte ein, „theoretisch“ gehöre die Entscheidung zum Organisationsrecht des Ministers, sie sei aber seiner Meinung nach nicht an Innenausschuss und Parlament zu treffen. Jetzt, nachdem sich der Innenminister jahrelang nicht um die Staffeln gekümmert hat (Engel: „Er hat sie links liegen und ausbluten lassen“), werde vom grünen Tisch die Auflösung beschlossen – auf einer Datengrundlage, die falsch und nicht nachvollziehbar sei und ohne zuvor Einsparpotentiale geprüft zu haben. Im Gegensatz zur ministeriellen Meinung betonte der innenpolitische Sprecher der Liberalen den Einsatzwert der Reiterstaffeln, der nach ihrem Wegfall nur durch „unglaublich viel Personal“ zu kompensieren sei.

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, fand, es sei ein polizeitaktischer Fehler, die Staffeln gänzlich abzuschaffen. Er bat den Minister, die falsche Entscheidung zurückzunehmen. Die Einsparung von zwei Millionen Euro als Begründung anzuführen, halte er für „politischen Unsinn“. Der Minister habe einen erheblichen Mangel an Stil offenbart – gegenüber dem Parlament, den Betroffenen (Rüttgers: „Ich halte die Art und Weise, wie mit den Betroffenen umgegangen worden ist, für menschlich unanständig“) und den Gewerkschaften: „Mit allen sei vorher nicht gesprochen worden.“ Der Oppositionschef: „Hier geht es nicht um Alles oder Nichts, sondern hier geht es um Fragen, die fachlich beantwortet werden müssen und etwas mit Menschlichkeit zu tun haben.“

Jürgen Jentsch (SPD) gab der Opposition den Rat: „Lassen Sie die Kirche im Dorf“. Und weiter: „Machen Sie die Pferde nicht scheu, wenn die Polizeipräsidenten gemeinsam mit der Landesregierung beschließen, die Reiterstaffeln abzuschaffen“. Schon 1995 habe eine

Unternehmensberatung in einem Gutachten deutlich gemacht, dass die Staffeln überflüssig seien. Der Ausschuss habe sich mit dem Gutachten befasst, die Opposition keine Gründe gesehen, die gegen diese Auflösung sprächen. Jentsch: „Heute, nach fünf Jahren, setzt der Innenminister nach reiflicher Überlegung und intensiven Diskussionen mit der Polizeiführung dieses Gutachten um. Und schon beginnt das große Geschrei der Opposition. Das ist Opportunismus hoch drei!“

Monika Düker (GRÜNE) hielt den Liberalen vor, ihre Argumente zur angeblich schwindenden inneren Sicherheit seien längst widerlegt: „Herr Engel, nehmen Sie zur Kenntnis, dass unter dem Strich die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen auch ohne Reiterstaffeln gewährleistet ist“. Die Opposition mit ihrem späten Protest sei unglaubwürdig, unverfroren und betreibe Populismus. Es sei eine Legende zu sagen, der Innenminister habe die Entscheidung einsam und allein getroffen. Angesichts der Haushaltslage müsse gespart werden.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) stellte klar: „Durch die Auflösung der Reiterstaffeln entstehen weder Sicherheitslücken noch ist die

Öffentlichkeitsarbeit der Polizei in unvertretbarer Weise beeinträchtigt“. Wenn die Staffeln für die polizeiliche Aufgabenerfüllung unverzichtbar wären, „würden diese ungeachtet der Kosten beibehalten“. Die Umsetzung der Entscheidung sei ein Gebot des landesweit zu gewährleisten sachgerechten Personal- und Sachmitteleinsatzes der Polizei. „Die Auflösung“, betonte der Minister, „führe nachweislich zu einer Verstärkung des polizeilichen Außendienstes und sei darum richtig“.

Theo Kruse (CDU) sah die Gefahr, dass durch die Entscheidung weiteres Vertrauen bei Betroffenen und Bürgern in die Politik abgebaut wird. Über die endgültige Abschaffung sollte erst beschlossen werden, wenn eine umfassende Kostenrechnung vorliegt.

Frank Baranowski (SPD) betonte, es gehe vor allem darum, den Wachdienst der Polizei im Lande zu stärken. Darum sei der Entscheidung der zehn Polizeipräsidenten zuzustimmen.

Lothar Hegemann (CDU) forderte die sechs SPD-Abgeordneten aus dem Kreis Recklinghausen auf, bei der namentlichen Abstimmung „heute für die Sicherheit im Kreis Reckling-



Als neues Mitglied des Landtags hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) den Innenminister des Landes, Dr. Fritz Behrens SPD (l.), verpflichtet. Behrens ist als Abgeordneter für die frühere SPD-Abgeordnete Renate Drewke ins Parlament nachgerückt, die vor kurzem ihren Posten als Regierungspräsidentin in Arnsberg angetreten hat. Foto: Schälte

hausen zu stimmen“. Dort seien vier Wachen geschlossen worden, was die Polizeipräsidentin damit begründet habe, sie müsse das tun, weil es eine Reiterstaffel in Recklinghausen gebe. Ob diese Wachen nach der Abschaffung nun wieder geöffnet würden?